



Herzlich willkommen zur öffentlichen Beiratssitzung

Blumenthal, d. 11. Juni 2018



Ein herzliches Willkommen unseren Gästen:

Wolfgang Bulling, Referat 30 bei der Senatorin für Kinder und Bildung

Andreas Bähr, Vorsitzender der Selbsthilfegruppe

Peter Rudy, Vorstandsmitglied der Selbsthilfegruppe

VertreterInnen der Medien



VORABINFORMATION

**Die Beiratssitzungen werden digital
mitgeschnitten.**



TOP 1

Genehmigung der Tagesordnung

Es fehlen:

- Frau Bhandal**, entschuldigt
- Frau Dettmer**, entschuldigt
- Herr Kern**, entschuldigt
- Frau Krohne**, entschuldigt
- Herr Pfaff**, entschuldigt
- Herr Pfeiff**, entschuldigt
- Herr Runge**, entschuldigt

Anwesend: **9 Beiratsmitglieder**
Erforderliche Mehrheit für Anfragen: **4 Stimmen**



Tagesordnung

- 1) (19:00 Uhr) **Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung**
- 2) (19:05 Uhr) **Kita-Planung**
Gast: Wolfgang Bulling, Referat 30 bei der Senatorin für Kinder und Bildung
- 3) (20:05 Uhr) **Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Beiratssitzung vom 14.05.2018**
- 4) (20:10 Uhr) **Mitteilungen**
 - a) **aus dem Ortsamt**
 - b) **der Beiratssprecherin**
- 5) (20:10 Uhr) **Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**
- 6) (20:15 Uhr) **Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**
- 7) (20:30 Uhr) **Vorstellung der „Selbsthilfegruppe Leukämie-, Lymphom- und Plasmozytomtreff Bremen-Nord“**
Gast: Andreas Bähr
- 8) (20:55 Uhr) **Wahlen**
 - a) **Ein Mitglied für den Tanklager-Ausschuss**
 - b) **Ein Ersatzmitglied für den Stadtteil-Controlling-Ausschuss**
 - c) **Ein Mitglied für den Ausschuss für Integration von Migranten und Flüchtlingen**
- 9) (21:05 Uhr) **Beschlussfassung über die Verwendung des Stadtteilbudgets**
 - a) **Mehrkosten für die Stromtankstelle am Blumenthaler Marktplatz**
 - b) **Kostenrahmen für die Bürgerinformationsveranstaltung zur Stadtteilmobilität am 15.09.2018**
- 10) (21:15 Uhr) **Anträge und Anfragen**
 - a) SPD – Antrag zum B-Plan 1251
 - b) SPD – Antrag „Einrichtung einer Freilauffläche für Hunde“
 - c) SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“
 - d) Bündnis 90/ Die Grünen – Antrag zum ISEK
 - e) Bündnis 90/ Die Grünen – Antrag „Radweg Am Steending“
 - f) CDU – Antrag „Fahrbahnerneuerung Wohldstraße“
 - g) Alle Fraktionen – Dringlichkeitsantrag zur Schulstandortplanung
 - h) CDU – Ergänzungsantrag zum Dringlichkeitsantrag Schulstandortplanung
 - i) FDP – Dringlichkeitsantrag „Hortplätze“
 - j) CDU – Dringlichkeitsantrag zum ISEK
- 11) (21:30 Uhr) **Verschiedenes**



TOP 2

Kita-Planung

Gast:

Wolfgang Bulling, Referat 30 bei der Senatorin für Kinder und Bildung



Vortrag Wolfgang Bulling mit Diskussion



TOP 3

Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Beiratssitzung vom 14. Mai 2018



Protokoll vom 14. Mai 2018 - öffentlich

Keine Einwände

Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen



TOP 4 a

Bericht aus dem Ortsamt



Unsere neuen Umweltwächter sind da.

Seit dem 2. Mai sorgen diese vier Männer für mehr Sauberkeit im Stadtteil.
Wenn irgendwo der Bedarf nach Beratung und Unterstützung besteht, kann man die Leute einfach ansprechen oder sich im Ortsamt melden.



Marco Meinert



Ömer Anda



Simon Kalkopf



Hasan Güngör



Ein leidiges Thema:

Karl-Lüneburg-Straße

Mittlerweile sind ein paar Grundlagen ermittelt worden.

Das Straßenbenennungsverfahren sollte eigentlich im April 2018 endgültig abgeschlossen sein.

Jetzt ist geklärt, dass die Bau-Deputation am 23. August darüber entscheiden wird. Da die Stellungnahme des Staatsarchivs vorliegt, kann dann der Senat am 21. August entscheiden und die Straßenschilder können dann bis Mitte September 2018 hängen.

Bis dahin wird dann auch die Gießpfanne, die früher am Bahnhof in den Büschen versunken war, dort aufgestellt werden.

In dem Zusammenhang wurde auch mit den Vertretern des ASV über die Notwendigkeit, die Planung und die Durchführung notwendiger Straßeninstandsetzungsmaßnahmen beraten und wir haben Vereinbarungen getroffen.



Busverbindungen zur Berufsschule an der Eggestedter Straße

Es gab immer wieder Probleme, weil die Schülerinnen und Schüler die Schule zu spät erreichen konnten, weil der Bus entweder schon weg war, wenn die Regio-S-Bahn mal wieder verspätet kam, oder die Busse so voll waren, dass sie nicht alle mitnehmen konnten.

Zum neuen Jahresfahrplan 2019 (gültig ab 09.12.2018) wird die Linie 95 im schülerrelevanten Zeitraum von 7:30 bis 8:00 Uhr zeitweise auf einen 7,5-Minuten-Takt verdichtet.

2019			
Gröpelingen, ab	-	-	7:05
Bf Burg, ab	7:06	7:12	7:21
Bf Vegesack, ab	7:24	7:30*	7:39
Bf Blumenthal, ab	7:38	7:46	7:53
Besanstraße, an	7:42 (heute 7:41)	7:50 (neu)	7:57 (heute 7:56)

**) mit Anschluss von RS1*



Die Bundesregierung hat Anfang des Monats den Ländern ermöglicht, in eigener Zuständigkeit über verlängerte Öffnungszeiten anlässlich öffentlicher Übertragung von Spielen der Fußballweltmeisterschaft Entscheidungen zu treffen.

Die Bürgerschaft hat in der vorletzten Woche den Senat in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, in Abstimmung mit den betroffenen Beiräten zu ermöglichen, dass in Biergärten und in Bereichen der Außengastronomie Fußballspiele übertragen werden dürfen, die nach 20:00 Uhr beginnen.

Der Senat hat in der letzten Woche einen entsprechenden Erlass entschieden und die Beiräte werden um Zustimmung gebeten, dass wie folgt verfahren wird:

Bei Spielen, die wegen Verlängerung oder 11-m-Schießen das Spielende nach 22 Uhr fällt wird pauschal und ohne vorherigen Antrag die Betriebszeit bis zum Ende des Spiels verlängert. Voraussetzung ist lediglich, dass die grundsätzlich genehmigte Betriebszeit der Außengastronomie bis 22:00 Uhr vorliegt.

Die Beiratsfraktionen haben hierzu keine Einwände geltend gemacht.



Nächste Termine:

Mittwoch, 20. Juni 12:00 Uhr – AK Rönnebeck/Farge-Rekum im Freizi Farge

Montag, 25. Juni 18:30 Uhr – eventuell Sitzung des Ausschusses Tanklager Farge. Thema und Ort ist noch offen

Freitag, 29. Juni 18:00 Uhr – Jubiläumskommers 40 Jahre Schifferchor Rekum in der Kirche Farge-Rönnebeck

Sonnabend, 01. Juli bis Montag 03. Juli – 175. Blumenthaler Schützenfest auf dem Festgelände am Rosenbusch. Sonntag Festumzug beginnend an der Bahrsplate

Freitag, 06. Juli bis Montag 10. Juli – Farger Schützenfest auf dem Schützenplatz Farge. Sonntag Festumzug durch Farge und Rekum

Sonntag, 15. Juli 17:00 Uhr – Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft in Moskau



Nächste Termine:

Sonnabend, 28. Juli 15:00 Uhr – 2. Straßenfest in der Kapitän-Dallmann-Straße

Montag, 13. August 19:00 Uhr – öffentliche Sitzung des Beirats Blumenthal in der OS an der Eggestedter Straße mit dem Thema „Entwicklung der Gewerbeflächen im Stadtteil“

Sonnabend, 08. September 10:00 Uhr – öffentliche zweite Integrationskonferenz zum Blumenthaler Weg



TOP 4 b

Bericht der Beiratssprecherin



TOP 5

Wünsche und Anregungen aus dem Beirat



TOP 6

**Bürger/Innenanträge;
Fragen, Wünsche und Anregungen in
Stadtteilangelegenheiten aus der
Bevölkerung**



TOP 7

Vorstellung der „Selbsthilfegruppe Leukämie-, Lymphom- und Plasmozytomtreff Bremen-Nord“

Gast:

Andreas Bähr, Vorsitzender der Selbsthilfegruppe

Peter Rudy, Vorstandsmitglied der Selbsthilfegruppe



TOP 8

Wahlen



a) Ein Mitglied für den Tanklager-Ausschuss

Im Tanklager-Ausschuss werden Belange bezüglich des Tanklagers Farge diskutiert und Beschlüsse gefasst.

Frau Pörtner hat Ihr Amt als Sachkundige Bürgerin der CDU am 07.05.2018 niedergelegt

Der Anspruch nach dem Beirätegesetz für den Sitz liegt bei der CDU mit dem Mitglied Hans-Gerd Thormeier.

Die CDU schlägt als Ersatzmitglied Herrn **Olaf Rehnisch** vor.

Abstimmung

**Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen**



b) Ersatzmitglied für den Stadtteil-Controlling-Ausschuss

Im Stadtteil-Controlling-Ausschuss werden Entscheidungen über die Mittelvergabe nach dem Jugendanpassungskonzept getroffen.

Stimmberechtigt sind dort je zwei Vertreter des Amtes für soziale Dienste, des Beirats Blumenthal und der Träger.

Das Ortsamt nimmt mit beratender Stimme teil.

Die Sitzungen des Ausschusses finden in der Regel vormittags oder am frühen Nachmittag statt. Dabei kann es passieren, dass dann Beiratsmitglieder die Teilnahme aus beruflichen Gründen nicht realisieren können.

Es ist daher sinnvoll zwei Ersatzmitglieder zu wählen.

Der Anspruch nach dem Beirätegesetz für die Sitze liegt bei der SPD und der CDU mit den Mitgliedern Ute Reimers-Bruns und Hans-Gerd Thormeier.

Für die SPD wurde als Ersatzmitglied Susanne Weidemann in der letzten Sitzung gewählt.

Die CDU schlägt als Ersatzmitglied Herrn **Holger Jahn** vor.

Abstimmung

Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen



c) Ein Mitglied für den Ausschuss für Integration von Migranten und Flüchtlingen

Im Ausschuss für Integration und Migranten wird die Situation der Zuwanderung beraten und es werden Entscheidungen des Beirats vorbereitet.

Herr Meyer hat sein Amt als beratendes Mitglied am 28.05.2018 niedergelegt

Der Anspruch nach dem Beirätegesetz für den Sitz liegt bei der FDP mit dem Mitglied Walter Meyer.

Die FDP schlägt als Ersatzmitglied **Andreas Menzel** vor.

Abstimmung

Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen



TOP 9

Beschlussfassung über die Verwendung des Stadtteilbudgets



a) Mehrkosten für die Stromtankstelle am Blumenthaler Marktplatz

Am Blumenthaler Marktplatz wird eine Stromtankstelle aufgestellt. Hierfür fallen Mehrkosten i. H. v. 3.000,- € für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen an.

Heute soll beschlossen werden, dass der Beirat den Kostenrahmen aus dem Stadtteilbudget zur Verfügung stellt



Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen



b) Kostenrahmen für die Bürgerinformationsveranstaltung zur Stadtteilmobilität am 15.09.2018

Der Beirat hatte beschlossen eine Bürgerinformationsveranstaltung zur Stadtteilmobilität am 15.09.2018 auf dem BWK-Gelände durchzuführen und diese mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget mit maximal 20.000,- € zu fördern.

Hierzu wurde eine [Projektbeschreibung und Grobkalkulation](#) erstellt.

Heute soll beschlossen werden, dass der Beirat den Kostenrahmen, aus dem Stadtteilbudget zur Verfügung stellt

Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen



TOP 10

Anträge



a. SPD – Antrag zum B-Plan 1251

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Der Beirat Blumenthal fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bzw. seine für die Umsetzung des beschlossenen *Bebauungsplanes 1251* verantwortliche Behörde auf (Anlage eines Fuß- und Radweges an der Straße „Am Steending“, beginnend von der Einmündung Ringofenstraße bis zur Landesgrenze an der Aue) diesen Plan zu ändern und die Planung an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Ein Ausbauplan wurde dem Beirat bis heute nicht vorgelegt. Der Plan ist, wie am 15.02.1999 beschlossen und veröffentlicht, in absehbarer Zeit nicht realisierbar, da er unter nicht vorhandenen Voraussetzungen und unter Missachtung bestehender Gesetze erstellt wurde.

Anzustreben ist ein Ausbau wie im 1. Bauabschnitt von der Schwaneweder Straße bis zur Ringofenstraße, wobei ein Fußweg nur auf der südwestlichen Seite der Straße notwendig ist.

**Angenommen acht Ja-, Null Nein-
Stimmen, eine Enthaltung**



a. SPD – Antrag zum B-Plan 1251

Begründung:

Die zur Verfügung stehende Straßenbreite des „Steendings“, eine mehr als 200 Jahre alte Straßenverbindung zwischen Schwanewede und Vegesack und nicht mehr im LKW-Führungsnetz befindlich, beträgt ca. 11,5 m. Die Fahrbahn ist ca. 6,0 m breit und für die Anlage eines Fuß- und Radweges stehen dem ASV somit 5,5 m zur Verfügung. In einer Kostenrechnung des Bauamtes Bremen-Nord für den Petitionsausschuss wurden zwei Varianten für die Anlage eines Fuß- und Radweges verglichen. Diese Vorlage ist nachweislich inhaltlich falsch, da bei der Kalkulation diverse Kosten (z.B. Grunderwerb) „vergessen“ bzw. Positionen aufgeführt wurden, die nicht notwendig sind. Leider wurden diese Argumente von den Mitgliedern des Petitionsausschusses auf Grund mangelnder Sachkenntnis nicht hinterfragt.

Außerdem ignorierte der damalige Bauamtsleiter bei dem veranlassten Enteignungsverfahren die zu berücksichtigende Rechtslage völlig. Bei solchen Maßnahmen sind in besonderem Maße die Bremische Landesverfassung, 3. Abschnitt (Arbeit und Wirtschaft) Artikel 40 und das BauGB, Erstes Kapitel, allgemeines Städtebaurecht, Fünfter Teil. Enteignung, Erster Abschnitt. Zulässigkeit der Enteignung, § 87 (1) Voraussetzung der Zulässigkeit der Enteignung, zu berücksichtigen.

Alex Schupp, Marcus Pfeiff und die Fraktion der SPD im Beirat Blumenthal
Blumenthal, d. 26.04.2018



b. SPD – Antrag „Einrichtung einer Freilauffläche für Hunde“

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Während der Vogel Brut-, Setz- und Aufzuchtzeiten Mitte März bis Juli müssen Hunde an der Leine geführt werden. Dem Bedürfnis nach Auslauf entsprechend, sollte ein Areal in Blumenthal als Auslauffläche ausgewiesen und umzäunt werden. Ein möglicher Ort könnte das Wasserauffangbecken an der Straße Kreinsloger, im Bereich Parkplatz EDEKA Markt sein.

Das Ortsamt wird aufgefordert, diese Option zu prüfen.

Marcus Pfeiff und die Fraktion der SPD im Beirat Blumenthal
Blumenthal, d. 31.05.18

**Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen**



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Der Beirat Blumenthal begrüßt den Entwurf des ISEK als Grundlage für Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft zur strukturellen Entwicklung des Bremer Nordens und des Stadtteils Blumenthal. Viele Themen werden präzise beschrieben und Handlungserfordernisse daraus abgeleitet.

Aus Sicht des Beirats Blumenthal sind aber diverse Änderungen und Ergänzungen erforderlich:

SPD-Beiratsfraktion Blumenthal:

Marcus Pfeiff, Brigitte Dettmer, Kay Bienzeisler, Ute Reimers-Bruns, Jutta Riegert, Alex Schupp, Susanne Weidemann, Helmut Falk, Grete Klinkmüller, Walter Schörling, Gabriele Schüssler, Dieter Schulze, Wolfgang Schupp, Werner Stitz, Steven Trueson

31.05.2018



Themenkomplex „räumliche Handlungsfelder“

1. Im Punkt 4 „Räumliche Handlungsfelder für den Bremer Norden“ wird auf Seite 17 im ersten Spiegelstrich nach „Schlüsselmaßnahme ‚Konversion schafft Zukunft‘ als“ neu eingefügt:
„mögliches“

Begründung:

Die Durchführung der Konversionsmaßnahme sollte unabhängig von den Zielvorstellungen der Gemeinde Schwanewede durchgeführt werden. Die Gemeinde kann sich gern beteiligen – es muss aber klar sein, dass Bremen Inhalt und Takt vorgibt.

2. Auf Seite 19 wird unter dem Spiegelstrich ‚Konversion ehemals militärischer Flächen‘ ein Satz angehängt:

Wir erwarten dabei, dass die bereits jetzt schon von der Gemeinde Schwanewede angedachte Nachnutzung des Truppenübungsplatzes und der Lützwow-Kaserne ergebnisoffen auch mit dem Beirat Blumenthal beraten wird.

Begründung:

Die Gemeinde Schwanewede ist bereits weit fortgeschritten bei der Planung und hat Vorgaben für die Nutzung von Flächen für Wohnungsbau, Gewerbe und Freizeit beschlossen.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Vorhaben und Schlüsselmaßnahmen“

1. Auf Seite 24 wird in der vierten Zeile nach ‚ihrem Stadtteil.‘ ein weiterer Satz eingefügt:
„Außerdem wird es künftig vermehrt Anstrengungen geben müssen, bestimmte öffentliche Dienstleistungen auch wieder dezentral anbieten zu können. Dies können einfache Dinge wie z. B. das Ausstellen von Lebensbescheinigungen sein.“

Begründung:

Die Bürger aus den Stadtteilen müssen oftmals für Kleinigkeiten aufwändige Wege ins BürgerServiceCenter nach Vegesack unternehmen. Solche Dinge können auch vor Ort im jeweiligen Ortsamt ohne großen Aufwand erledigt werden. Damit wird die Verwaltung insgesamt wieder etwas bürgernäher.

2. Im Bereich der priorisierten Maßnahmen wird im vierten Spiegelstrich vor dem Wort „Integrierten“ eingefügt:

„...noch im Jahr 2018 mit dem Beirat zu beratende...“

Begründung: Das letzte aktuelle IEK stammt aus dem Jahr 1981. Im Jahr 2011 wurde der Entwurf eines neuen Handlungskonzeptes versprochen....



Themenkomplex „Vorhaben und Schlüsselmaßnahmen“

3. Dazu wird ein zusätzlicher Spiegelstrich angefügt: **„Umnutzung des Tanklagers Farge“**

- **„Umnutzung des Tanklagers Farge“**

Begründung:

Die Umnutzung des Tanklagers Farge zu einem Gewerbegebiet mit nebenliegenden Naherholungsgebiet ist ein wichtiges Projekt für neue Arbeit in Blumenthal.

4. Der Spiegelstrich „Umnutzung des Rathauses Blumenthal“ auf S. 25 wird neu gefasst:

- **„Die Nachnutzung des leerstehenden Rathauses und die Rückkehr der Bibliothek ins Ortszentrum sind zwei zentrale Forderungen Blumenthals in diesem Zusammenhang. Die vorgesehene Nutzung des alten Rathauses wieder als Sitz des Ortsamts und Ort für öffentliche Beiratssitzungen stärkt das Zentrum und beendet schwelende Ängste vor weiterer Ausblutung des Zentrums. Der erwogene Neubau einer Stadtteilbibliothek neben dem Rathaus, die Rückkehr einer Polizeidienststelle und anderer öffentlicher Einrichtungen ins Rathaus würden die politisch getroffenen Entscheidungen wieder gut machen, die vor Jahren und Jahrzehnten die Auslagerung dieser Institutionen aus der Mitte heraus angeordnet hatten.“**

Begründung:

Das wiederbelebte Rathaus ist ein Wunsch der alle eint.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Arbeit, Wirtschaft und überregionaler Verkehr“

1. Der Punkt 5.1.1.3 „Ringschluss Bundesautobahn A 281 (Wesertunnel)“ wird **neu** benannt in „**Verkehr für den Bremer Norden**“.
2. **Neu eingefügt** wird der Punkt **5.1.1.3.1** mit der Bezeichnung „Ringschluss Bundesautobahn A 281 (Wesertunnel)“.
3. **Neu eingefügt** wird ein **Punkt 5.1.1.3.2** mit der Bezeichnung „**Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn-Linie 1**“ mit folgendem Text:

Die Bremische Bürgerschaft hat im Jahr 2014 den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025 beschlossen. Dort sind wesentliche Verbesserungen für den Bremer Norden beschrieben, die sowohl den Berufspendlern als auch den im Bremer Norden ansässigen Wirtschaftsunternehmen dienen.

Mit der Umsetzung des VEP 2025 ist auch die Anbindung bisher nicht erreichbarer Gewerbegebiete und die Erschließung neuer Gewerbe- und Wohngebiete deutlich einfacher.

Wichtigste Maßnahme ist dabei die Einführung des ganztägigen Viertelstundentaktes zwischen Achim und Blumenthal (Seite 151ff. – E.12). Diese Maßnahme schafft eine gleichberechtigte Anbindung des Stadtteils Blumenthal an den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und sorgt damit für gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Nordbremerinnen und Nordbremer.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Arbeit, Wirtschaft und überregionaler Verkehr“

Die dazu erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen wie der Ausbau des Eisenbahnknotens Bremen, ein drittes Gleis zwischen Bremen Hbf und Vegesack sowie eine durchgängige Zweigleisigkeit zwischen Vegesack und Farge werden energisch vorangetrieben. Dazu werden die vom Bund zur Verfügung gestellten Regionalisierungsmittel genutzt. Die Gesamtsumme dieser Gelder beträgt bis zum Jahr 2028 genau 630.478.880,99 €. Daraus wird die Finanzierung dieser Maßnahmen gelingen.

Mit der Umsetzung der vorgenannten Infrastrukturmaßnahmen kann dann der Haltepunkt Farge-Ost (Seite 151ff. – E 22b) eingerichtet werden, der eine Anbindung des Gewerbegebietes Farge-Ost u.a. mit ThyssenKrupp Systems Engineering GmbH und die Anbindung des optionalen Gewerbegebietes Tanklager Farge ermöglicht.

Als weiterer wichtiger Schritt kann dann der neue Haltepunkt Grambke (S. 151ff. – E 17) geschaffen werden, der insbesondere den Bremer Industriepark auch für Zugpendler interessant werden lässt. All diese Maßnahmen entlasten mittelfristig die verkehrliche Belastung der Stadt mit motorisiertem Individualverkehr und sorgen mit zeitgleichen Unterstützungsmaßnahmen für abgasarmen Verkehr für eine erhebliche Klimaverbesserung.

Begründung:

Die Regio-S-Bahn findet im ISEK-entwurf überhaupt keine Erwähnung. Sie ist aber elementarer Bestandteil aller grundsätzlichen Maßnahmen. Durch den Finanzierungsvorschlag wird das Thema machbar.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Arbeit, Wirtschaft, Verkehr“

1. Auf Seite 27 wird am Ende des dritten Absatzes ein weiterer Satz eingefügt:
„Wenn allerdings die Umnutzung des Tanklagers Farge zu einem Industriegebiet z. B. mit dem Fokus auf Energiespeicherung und Elektromobilität gelingt, wird auch dieses Gebiet sich schnell entwickeln.“

Begründung:

Die Nachnutzung des Tanklagers mit dem Ziel, tausende neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurde bisher noch nicht in Überlegungen einbezogen.

2. Auf Seite 33 wird unter 5.1.1.5 ein neuer vorletzter Satz eingefügt:
„So streben wir an, das Gewerbegebiet ‚Heidlerchenstraße‘ in ein ‚Sonderzentrum‘ umzuwandeln. Davon kann durch die Ansiedlung von besonderem Einzelhandel der gesamte Bremer Norden profitieren (z.B. Elektronik-Fachmarkt).“

Begründung:

Im Bremer Norden fehlt insbesondere ein Elektronik-Fachmarkt. Das bestehende Zentren- und Nahversorgungskonzept verhindert zurzeit, dass eine solche Ansiedlung in Blumenthal gelingen kann.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Arbeit, Wirtschaft, Verkehr“

3. Auf Seite 50 wird zum Bereich BWK ein neuer letzter Absatz eingefügt:
„Wünschenswert ist die Entwicklung des ehemaligen Sortiergebäudes zu einem modernen Dienstleistungszentrum. Dort sollen Möglichkeiten für Existenzgründer geschaffen werden. Dazu gehören urbane Labore und man kann dort eine kulturelle „Herzkammer“ schaffen. Neben dem Blick auf die Tradition (z.B. durch das BWK-Museum) kann hier auch moderne Kultur in industriellem Ambiente sowohl drinnen als auch draußen (historische Achse) in erheblicher Größenordnung angesiedelt werden.“

Begründung:

Der Beirat hat hierzu weitgehende Beschlüsse (Nutzung von bis zu 20 % der Fläche für Kultur) gefasst.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Bundeswehr Tanklager Farge“

1. Auf Seite 50 wird am Ende des Eingangssatzes eingefügt:

„Hier gilt es, die rund 200 ha bremisches Gebiet so zu nutzen, dass es nicht nur einen Mehrwert für die Region, sondern vor allem auch für Bremen gibt. Eine Ausweisung von Gewerbeflächen (auch zur Industrialisierung) unter Beachtung von Wohnortnähe, Trinkwasserschutz und Naturschutz. Die Bahnanbindung, die Nähe zur A270 wie auch zur Weser könnten sich als Standortfaktoren positiv auswirken. Vorhandene Denkmodelle (Batteriefabrik/Speicherkraftwerk) sollten ebenso ernsthaft geprüft werden, wie auch weitere arbeitsplatzschaffende Denkansätze. Die Verantwortlichkeit zur Beseitigung der Altlasten im Grundwasser muss jedoch bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) verbleiben. Durch Altlasten verursachte Gewässerschäden auf der betroffenen Liegenschaft sowie im Abstrom sind derart zu sanieren, dass dauerhaft keine Gefahren für die Allgemeinheit und Einzelne entstehen. Die laufenden Maßnahmen schöpfen durch Entnahme von Grundwasser einen bisher verhältnismäßig geringen Teil der Ölphase ab. Eine Abstromsicherung ist bislang nicht erkennbar. Eine Sanierung kann jedoch nur gesichert werden, wenn keine neuen Schadstoffe in die Fahne dringen.

Zum Schutz unseres Trinkwassers ist zwingend erforderlich, das weitere Abströmen gelöster Schadstoffe in die Fahne wirkungsvoll durch eine Kombination aus Dicht-, Spund- oder Bohrpfahlwand und hydraulischer Sicherung zu verhindern.

Eine Machbarkeitsstudie sowie Bodenuntersuchungen auch außerhalb des Tanklagergeländes sind erforderlich.“



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Bundeswehr Tanklager Farge“

2. Ein dritter Spiegelstrich wird eingefügt:

„Potenziale im Bereich gewerblicher Nutzung erschließen“

Begründung:

Die Nachnutzung des Tanklagers mit dem Ziel, viele neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurde bisher noch nicht in Überlegungen einbezogen.

3. Die Überschrift „Projekte“ wird wie folgt ergänzt:

„Projekte, die auch die Rekumer Geest betreffen“

Begründung: Bei der Beschreibung der „Mahnregion“ mangelt es offensichtlich an regionalen Kenntnissen.

4. Folgende Projektideen werden als Spiegelstriche eingefügt:

„- Auf eine veränderte Bestattungskultur und aktuelle Beisetzungswünsche werden wir reagieren und einen FriedWald in idyllischer Lage auf dem Tanklagergelände einplanen.“

„- die Öffnung des „alten Neuenkirchener Weges“ als Radweg bedeutet insbesondere für Schülerinnen und Schüler der Blumenthaler Oberschulen, dass sie künftig weniger weite Umwege in Kauf nehmen müssen.“

Begründung:

Wenn das Waldgebiet wieder für die Menschen in der Region nutzbar gemacht wird, sollten wir hierzu einige gute Ideen umsetzen.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Bahnhof Blumenthal“

1. Auf Seite 53 wird der Begriff „**Ständer**“ gestrichen und durch „**Jenny-Ries-Platz**“ ersetzt.

Begründung:

Das Areal des Bahnhofsvorplatzes trägt seit 2017 den Namen „Jenny-Ries-Platz“ in Erinnerung an die jüdische Kauffrau Jenny Ries, die an der Lüssumer Straße ein Textilkaufhaus betrieb. Sie wurde von den Nazis aus Blumenthal vertrieben, später deportiert und im Lager Treblinka ermordet



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex Bauen, Wohnen, Freiraum

1. Unter Punkt 5.3.2. wird folgender neuer Satz 1 eingefügt: **„Der Abwanderung besserverdienender Bevölkerungsanteile in die Umlandgemeinden ist mit einer zügigen Ausweisung von Wohnbaugebieten in Blumenthal zu begegnen.“**

Dazu wird eine neuer Satz 4 eingefügt:

Dazu bietet sich neben der Reaktivierung des Bebauungsplans 352 in Rekum (Sandkuhlenweg) auch einen Änderung des Bebauungsplans 962 (bisher ungenutztes Gewerbe zwischen den Wischen und der Rekumer Straße) an. Dass in der Region attraktiver Wohnungsbau gewünscht wird zeigt die Entwicklung der Nachbargemeinde Neuenkirchen.

2. Unter Punkt 5.3.2.1 Erschließung an der Weser... wird auf Seite 56 folgender Satz gestrichen:

„Die Wirtschaftlichkeit einer solchen Umnutzung konnte allerdings nicht nachgewiesen werden“

Stattdessen wird eingefügt:

„Im Sinne einer verbesserten sozialen Durchmischung in Blumenthal ist diese Machbarkeitsstudie umzusetzen. Auf Hochwasserschutz bedingte höhere Investitionen ist mit einer Aussetzung der Sozialquote zu reagieren. Hierdurch lassen sich positive Effekte, wie Erhöhung der Kaufkraft und verbesserter sozialer Durchmischung der Bevölkerung im Blumenthaler Zentrum erzielen.“

Begründung: Die derzeitigen Formulierungen im Entwurf werden den aktuellen Entwicklungen nicht mehr gerecht. Im Verfahren zum B-Plans 352 sind bereits wesentliche Vorarbeiten geleistet, auf denen man aufbauen kann. Dadurch kann eine schnellere Umsetzung erreicht werden.



Themenkomplex „Städtebauliche Missstände“

1. Auf Seite 56 wird der letzte Satz und die drei ersten Spiegelstriche neu formuliert:
„Nimmt man den Begriff als Instrumentarium der Städtebauförderung mit ihren diversen Finanzierungskulissen, erfordert die Ausweisung des Zentrums Blumenthals als förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet entsprechend des Baugesetzbuches besondere Beschreibungen und Zuschneidungen:“

- **Die städtebaulichen Missstände sind in Teilen entsprechend der Baugesetzgebung sehr gravierend und erfordern eine Beseitigung**
- **Das reine Zentrum ist als Gebiet für eine Förderkulisse zu klein. Wir werden es also entsprechend zuschneiden.**
- **Zu definierende Projekte sind städtebaulich zwar schwer begründbar – es ist aber möglich**

2. Der fünfte Spiegelstrich lautet wie folgt:

„Eine Sanierung im klassischen Sinne (wie in Vegesack oder im Ostertorviertel) gibt es seitens des Bundes nicht mehr. Stattdessen werden wir alternativ für dieses Projekt Fördermöglichkeiten suchen und co-finanzieren, die den Vorgaben und Förderkulissen des Bundes und der EU entsprechen“



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Städtebauliche Missstände“

3. Ein weiterer Absatz wird angefügt:

„Unabhängig von der Sanierungsfrage werden wir für die Bereiche, in denen insbesondere Vermieter qualitativ schlechten Wohnraum zu unverhältnismäßig hohen Preisen anbieten (z.B. George-Albrecht-Straße) Möglichkeiten nutzen, um die Vermieter zu Sanierungsmaßnahmen zu zwingen. Wir werden dazu eine Vorkaufssatzung (ähnlich der „Grohner Düne“) politisch auf den Weg bringen.“

Begründung:

Seit vielen Jahren fordert der Beirat staatliche Maßnahmen für die Sanierung des Zentrums. Alle Versuche, auf die Freiwilligkeit der Immobilienbesitzer zu setzen, sind gescheitert. Eine Gesundung des Zentrums aus sich selbst heraus wurde durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ausgeschlossen. Noch im Jahr 2015 ist uns versprochen worden, dass Blumenthal dran ist, wenn Gröpelingen fertig ist.

Wir erwarten, dass diese Maßnahmen nun in Angriff genommen werden.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Bildung“

1. Der Absatz 5.3.3 auf Seite 58 wird neu gefasst:

Zu einem lebenswerten Stadtteil mit Perspektiven für Einwohner und Gewerbe gehört ein umfassendes Bildungsangebot. Damit können Einwohner im Stadtteil gehalten werden und Neubürger geworben werden. Blumenthal hat hier einen hohen Nachholbedarf, den wir erfüllen werden. Dabei ist das Ziel nicht die Erfüllung von Mindestanforderungen, sondern die Orientierung am realen Bedarf.

Das Schulstandortkonzept für Blumenthal muss zügig umgesetzt werden.

Hierzu gehören sowohl Schulneubauten bei den Grundschulen (Rönnebeck und Farge-Rekum) als auch Erweiterungsmaßnahmen bei den Oberschulen.

Die übrigen Grundschulen werden durch intensive Baumaßnahmen zu modernen, leistungsstarken Ganztagschulen entwickelt.

Zur Optimierung der Berufsschule werden alle Nordbremer Berufsschulen zu einem Campus auf dem ehemaligen BWK-Gelände zusammengefasst. Begonnen wird dabei mit einem Neubau der Berufsschule für ErzieherInnen und den Bereich Hauswirtschaft und Familie, da hier der höchste Druck besteht und Mangelberufe ausgebildet werden.

Wir werden den Bau von Kindertagesstätten vorantreiben und setzen dabei neben eigenen Maßnahmen auch auf gemeinsame Projekte mit privaten Investoren und zertifizierten Betreibern, die bereits heute unsere Anforderungen erfüllen.

Begründung:

Das Thema spricht für sich selbst. Es muss schnell und zielstrebig gehandelt werden.



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Denkort ‚Bunker Valentin‘“

1. Ergänzungen zum Punkt 5.3.2.3. S. 58, Zeile 2

Nach „...oder Bahn zu erreichen“ wird ein neuer Satz eingefügt:

„Ein an der A 27 vor der Abfahrt Ihlpohl sollte zeitnah errichtet werden, um die Aufmerksamkeit für den Denkort zu erhöhen.“

Begründung:

Der Bunker Valentin ist ein einzigartiger Denkort mit großer Strahlkraft für den gesamten Bremer Norden. Die Ausstellung zieht jährlich zehntausende Besucher und viel überregionalen Verkehr an. Um dem Stellenwert gerecht zu werden, sollte diese Hinweistafel angebracht werden.

2. S. 58, Zeile 7

Nach „... Schiffsanleger genutzt werden.“ folgenden neuen Satz einfügen:

„Alternativ ist auch die Schaffung eines neuen Anlegers in direkter Nachbarschaft zur ehemaligen Löschbrücke denkbar. Zu realisieren ist in diesem Zusammenhang auch eine barrierefreie Anbindung des Anlegers an den Haupteingang des Denkortes durch die Ertüchtigung der bereits vorhandenen Wegeverbindung in der sogenannten ‚Bunkerwildnis‘.“



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „Denkort ‚Bunker Valentin‘“

3. S. 58, Zeile 11 wird folgendes angefügt:

„Mit Maßnahmen, die zur Steigerung der Besucherzahlen einhergehen, müssen auch die personellen Ressourcen der Landeszentrale für politische Bildung als Betreiberin des Denkortes verbessert werden. Dies gilt sowohl für die Betreuung der touristischen Besucher über eine Verstärkung der Mittel für die Besetzung des Informationszentrums im Dauerausstellungsbereich - die auch eine Ausweitung der Öffnungszeiten auf Sonn- und Feiertage erlauben würde - als auch für den Bereich der pädagogischen Betreuung. Mittelfristig ist auch eine Erweiterung der vorhandenen Ausstellung anzustreben. Um Lesungen, Wechselausstellungen und Tagungen durchzuführen, benötigt der Denkort einen Multifunktionsraum, der auf dem Dauerausstellungsraum gebaut werden könnte. Genehmigter Bauantrag und Vorbereitungen zur Erschließung liegen vor – ein Fahrstuhlschacht und ein Notausgang sind bereits vorhanden, die Heizungsanlage ist erweiterungsfähig und leistungsstark. Der Ausbau würde die Erschließung der historischen Lagerlandschaft zwischen Farge und Neuenkirchen unterstützen.“



c. SPD – Antrag „Ergänzungen zum ISEK“

Themenkomplex „andere Stadtteile“

1. Auf Seite 61 werden die ersten beiden Spiegelstriche ergänzt:

- Die zentrale Funktion in Vegesack stärken, **ohne die anderen Stadtteile des Nordens zu schwächen**
- Zentrale Einrichtungen in Vegesack ansiedeln, **ohne sie aus Blumenthal oder Burglesum abzuziehen.**

Begründung:

Die Stärkung des Mittelzentrums Vegesack ist auch den Blumenthalern ein wichtiges Anliegen. Allerdings darf diese Stärkung nicht durch Schwächung für Blumenthal erreicht werden.



d) Bündnis 90/ Die Grünen – Antrag zum ISEK

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Bezug nehmend auf die Vorstellung des Integrierten Strukturkonzeptes für den Bremer Norden durch Martin Prange (Bremen-Nord-Beauftragter des Senats) in der Beiratssitzung Blumenthal vom 04.05.2018 beantragen wir, dass die Planung von 10 Eigenheimen in der Straße „An der Landesgrenze“ aus dem Konzept entfernt wird.

Begründung:

Dieser Fläche ist im Zuge der Überarbeitung des Flächennutzungsplans in 2015 keine Nutzungsart zugeordnet worden, und ist demnach weder Bau- noch Bauerwartungsland und somit bis zu einer Entscheidung im Rahmen des FNP nicht zu beplanen.

Tina Bothe-Stolle für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Beirat Blumenthal



Beschlussvorschlag:

Der Beirat stimmt den beantragten Änderungen und Ergänzungen zu.

Das Minderheitenvotum von Bündnis 90/Die Grünen (TOP 10d) Antrag wird Bestandteil der Stellungnahmen des Beirats zum ISEK

**Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen**



e) Bündnis 90/ Die Grünen – Antrag „Radweg Am Steending“

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Bezug nehmend auf den SPD-Antrag zum B-Plan 1251 vom 26.04.2018 fordern wir den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die für Fußgänger und Radfahrer **lebensgefährliche Situation** in der Straße „Am Steending“ zwischen der Landesgrenze zu Niedersachsen und der Straße „Wölpscher Straße“ durch Schaffung eines Radweges auf der nord-östlichen Seite der Straße „Am Steending“ abzustellen.

Hier sind zum einen keine Privathäuser, die mit ihren Grundstücken bis an die Straße reichen und zum anderen ist **eine Querung der Straße „Am Steending“ im Tal**, die **eine ZUSÄTZLICHE und UNNÖTIGE Gefährdung der Fußgänger und Radfahrer** darstellt, dann nicht erforderlich.

Tina Bothe-Stolle für die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Beirat Blumenthal

**Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen**



f) CDU – Antrag „Fahrbahnerneuerung Wohldstraße“

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Der Beirat fordert den Senator für Bau, Umwelt, Verkehr, Energie und Landwirtschaft auf, die geschädigte Fahrbahndecke der Wohldstraße unverzüglich zu erneuern.

Diese Straße ist die Hauptzuwegung vieler Krankentransporte aus Blumenthal zum Klinikum Bremen-Nord.

Eine geschädigte Fahrbahndecke bedeutet, dass die anfahrenden Krankentransport und Notarztwagen verstärkt „durchgeschüttel“ werden und dadurch die Versorgung von Patienten erschwert.

Das gleiche gilt auch für einen Teil der Straßendecke im Bereich der Anfahrt „Liegenkrankentransport“ (siehe Fotos).

Ralf Schwarz, Hans-Gerd Thormeier und die Fraktion der CDU im Beirat Blumenthal

**Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen**



f) CDU – Antrag „Fahrbahnerneuerung Wohldstraße“





g) SPD – Dringlichkeitsantrag zur Schulstandortplanung (unterstützt von allen Fraktionen)

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Der Beirat Blumenthal gibt folgende Stellungnahme zur Schulstandortplanung der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Stadtteil Blumenthal ab:

Der Beirat Blumenthal unterstützt den gefassten Beschluss des Ausschusses Kinder, Bildung und Jugendinteressen vom 07.05.2018 (siehe Anlage) mit folgenden Erweiterungen:

1. Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, zu prüfen, wie das Gebäude „Rathaus Farge“ in den Entwurf des Neubaus der Grundschule Farge-Rekum integriert werden kann. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls geprüft werden, ob eine Möglichkeit besteht, die Begegnungsstätte der AMeB mit in den Neubau einzuplanen, um ein neues Mehrgenerationenkonzept zu etablieren. Auf jeden Fall muss Sorge getragen werden, dass die AMeB-Begegnungsstätte während der Bauzeit eine mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbare Zwischenlösung in Farge oder Rekum erhält.
2. Der Beirat begrüßt die Planung einer neuen Grundschule Rönnebeck auf dem Gelände des ehemaligen Förderzentrums an der Reepschlägerstraße.
3. Durch die Zusammenlegung der Schulstandorte an der Rekumer Straße und der Betonstraße zur Grundschule Farge- Rekum an der Farger Straße und der Hechelstraße und Helgenstraße zur Grundschule Rönnebeck an der Reepschlägerstraße sollen die vorhandenen Turnhallenkapazitäten nicht aufgegeben oder verringert werden.



g) SPD – Dringlichkeitsantrag zur Schulstandortplanung (unterstützt von allen Fraktionen)

4. Dringend muss – falls noch nicht vom Ressort und Immobilien Bremen in Auftrag gegeben – die Turnhalle an der Reepschlägerstraße bis zum Beginn des nächsten Schuljahres saniert werden.
5. Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, zu prüfen, ob der Standort für Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung (W- und E-Förderung) für Grundschulen in Blumenthal von der Grundschule Tami-Oelfken abgezogen werden kann (denkbar wäre eventuell eine Umsiedlung an die Grundschule Farge-Rekum), um weitere Züge für GrundschülerInnen ohne Förderbedarf zu schaffen und damit die Grundschulen Pürschweg und Wigmodistraße zu entlasten.
6. Die Aufstockung der 3 Oberschulen in Blumenthal wird – nach Auffassung des Beirates – den zukünftigen SchülerInnenzahlen gerecht. Eine große Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang das Erreichen einer guten Durchmischung der 3 Oberschulen von leistungsstarken SchülerInnen und SchülerInnen mit erhöhtem Förderbedarf dar. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Senatorin für Kinder und Bildung aufgefordert, zu prüfen, ob
 - die bisher an die Oberstufe angegliederte Einführungsphase an die Oberschulen verlegt werden kann.
 - eine spezielle Profilbildung (z.B. berufliche Bildung) der einzelnen Oberschulen möglich ist.



g) SPD – Dringlichkeitsantrag zur Schulstandortplanung (unterstützt von allen Fraktionen)

7. Bereits öffentlich bekannt wurde die Planung, einen Berufsschul-Campus auf dem ehemaligen BWK-Gelände zu gründen. Der Beirat Blumenthal begrüßt ausdrücklich diese Ideen. Prioritär muss in diesem Zusammenhang ein Neubau für das Schulzentrum Blumenthal sein, das für die Ausbildung von ErzieherInnen, SozialassistentInnen etc. zuständig ist und unbedingt zur Gewährleistung weiterer Ausbildungsgänge ausgebaut werden muss – auch mit einer Sport- und Bewegungshalle.

Die Fraktionen im Blumenthaler Beirat

Bremen, 11.06.2018

**Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen**



h. CDU – Ergänzungsantrag zum Dringlichkeitsantrag zur Schulstandortplanung

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Ergänzend zur gemeinsamen Stellungnahme zur Schulstandortplanung der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Stadtteil Blumenthal fordern wir eine 4. weiterführende Schule, vorzugweise als reines Gymnasium, in Blumenthal einzurichten, anstatt die drei vorhandenen Oberschulen durch weitere Klassenzüge zu erweitern.

In der Erweiterung der vorhandenen 3 Oberschulen sehen wir die Gefahr, dass die vorhandenen Schulen zu groß werden, um allen Schülern ein gutes Lernumfeld gewährleisten zu können. Auch sind wir der Überzeugung, dass die Kosten für einen Neubau oder den Umbau einer Schule (z.B. Lüder-Klüver) geringer ausfallen, anstatt an drei Standorten die vorhandenen Schulen inkl. der Mensen, Küchen, Gebäudetechnischen Anlagen etc. erweitern bzw. erneuern zu müssen.

Blumenthal braucht ein eigenes Gymnasium, um der Abwanderung leistungsstärkerer Kinder aus dem Stadtteil entgegen zu wirken und um für den Zuzug von jungen Familien attraktiver zu werden.

Hans-Gerd Thormeier und die Fraktion der CDU im Beirat Blumenthal
11.06.2018



Beschluss:

Ergänzend zur gemeinsamen Stellungnahme zur Schulstandortplanung der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Stadtteil Blumenthal fordern wir eine qualifizierte Prüfung, ob eine vierte weiterführende Schule, vorzugweise als reines Gymnasium, in Blumenthal eingerichtet werden kann, statt die drei vorhandenen Oberschulen durch weitere Klassenzüge zu erweitern.

In der Erweiterung der vorhandenen drei Oberschulen sehen wir die Gefahr, dass die vorhandenen Schulen zu groß werden, um allen Schülern ein gutes Lernumfeld gewährleisten zu können. Auch glauben wir, dass die Kosten für einen Neubau oder den Umbau einer Schule (z.B. Lüder-Clüver-Straße) geringer ausfallen können. Es könnte preisgünstiger sein, statt an drei Standorten die vorhandenen Schulen inkl. der Mensen, Küchen, Gebäudetechnischen Anlagen etc. erweitern bzw. erneuern zu müssen.

**Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen,
Null Enthaltungen**



i. FDP – Dringlichkeitsantrag Hortplätze

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Der Beirat gibt dem Ortsamtsleiter den Auftrag, Kontakt zu den jeweiligen Behörden, die für die Vergabe von Hortplätzen zuständig sind, aufzunehmen. Dies muss geschehen, damit verhindert werden kann, dass 25 Elternteile ihren Arbeitsplatz „nicht“ kündigen müssen um ihre Kinder versorgen zu können.

Begründung;

In der Kita „Ebenroder Straße“ sind ca. 56 Hortplätze verfügbar. Durch den aktuell erhöhten Bedarf an Hortplätzen, wurden 25 Kinder, die den Hort besuchen, für das kommende Schuljahr abgelehnt. Erst- und Zweitklässler sollen bevorzugt im Hort aufgenommen werden. Das Verbleiben der Dritt- und Viertklässler scheint hier egal zu sein, obwohl diese den Anforderungen für einen Hortplatz entsprechen z.B. das alle 25 Kinder unter 12 Jahre sind.

Ebenso ist es der Behörde egal, dass nun jeweils ein Elternteil von den betroffenen 25 Kindern seinen Arbeitsplatz aufgeben muss, damit das Kind entsprechend versorgt werden kann.

Wir glauben nicht das dies die richtige Lösung ist – daher sollte der Beirat alles tun was in seiner Macht steht damit diese 25 Kinder im Hort bleiben können.

Walter Mayer für die FDP-Fraktion im Blumenthaler Beirat
Bremen, 08.06.2018

**Angenommen 8 Ja-, Null Nein-Stimmen,
eine Enthaltung**



Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Der nun vorliegende Entwurf des ISEK (Integriertes Struktur- und Entwicklungskonzept für den Bremer Norden) liefert eine gute Bestandsanalyse der Situation in Bremen-Nord und des Stadtteils Blumenthal. Auch die Potenziale werden richtig aufgezeigt. Es fehlt allerdings eine konkrete Planung für die notwendigen Maßnahmen.

- Wann liefert die WFB die Ausführungsplanung für den Umbau und die Sanierung der Sortiergebäude auf dem BWK Gelände?
- Wann wird das Verkehrskonzept umgesetzt und wann wird die Ausführungsplanung dem Beirat zur Abstimmung vorgelegt?
Wann wird mit den Baumaßnahmen begonnen und wann soll das Projekt abgeschlossen sein?
Welches Budget wird für das Projekt in den Haushalt eingestellt?
- Wann wird der Marktplatz geöffnet und attraktiver gestaltet?
- Wann wird ein Konzept für die Nachnutzung des Rathauses Blumenthal vorgelegt? Welche anderen öffentlichen Einrichtungen, abgesehen von der Polizei, ziehen zukünftig in das Gebäude ein?

Tanklager Farge:

- Wann soll mit der Nachbargemeinde Schwanewede ein gemeinsames Konzept für die Konversionsplanung erstellt werden und bis wann soll dieses vorliegen?



Noch j. CDU – Dringlichkeitsantrag: Ergänzungsantrag zum ISEK

Bebauungspläne:

- Wann werden die Bebauungspläne 352,1252 verabschiedet?
- Wann werden die Bebauungspläne im Blumenthaler Ortskern (Mühlenstr., 965) angepasst, um im EG der Häuser Wohnraum schaffen zu können?
- Wann werden die Probleme in der George-Albrecht-Str. angegangen? Beispielsweise dadurch, dass die Stadtgemeinde die vorhandenen Gebäude ankauft und dort attraktiven Wohnraum schafft, zur Verbesserung der sozialen Durchmischung.

Um nur einige Maßnahmen zu nennen für die bis jetzt keine konkreten Planungen vorliegen. Ohne konkrete Planung mit festgelegten Meilensteinen bleibt das ISEK eine unverbindliche Ideensammlung.

Der Beirat Blumenthal fordert die Senatskanzlei auf, für die im ISEK und in diesem Antrag aufgeführten Maßnahmen konkrete Projektplanungen mit Umsetzungszeiträume vorzulegen.

Hans-Gerd Thormeier und die Fraktion der CDU im Beirat Blumenthal
Bremen, 10.06.2018



j. Beschluss: Ergänzungsantrag zum ISEK

Angenommen 9 Ja-, Null Nein-Stimmen, Null Enthaltung

Der nun vorliegende Entwurf des ISEK (Integriertes Struktur- und Entwicklungskonzept für den Bremer Norden) liefert eine gute Bestandsanalyse der Situation in Bremen-Nord und des Stadtteils Blumenthal. Auch die Potenziale werden richtig aufgezeigt. Es fehlt allerdings eine konkrete Planung für die notwendigen Maßnahmen.

Der Beirat Blumenthal fordert die Senatskanzlei auf, für die im ISEK aufgeführten Maßnahmen konkrete Projektplanungen mit Umsetzungszeiträume vorzulegen. Dazu zählen folgende Grundsätze:

- Die WFB muss die Ausführungsplanung für Umbau und Sanierung des Sortiergebäudes auf dem BWK Gelände vorlegen
- Die Umsetzung des Verkehrskonzepts rund um den Blumenthaler Marktplatz und die Ausführungsplanung muss dem Beirat zur Abstimmung vorgelegt werden
Wann wird mit den Baumaßnahmen begonnen und wann soll das Projekt abgeschlossen sein? Bleibt das Budget von 1.200.000 € in den laufenden Haushalten?
- Das Konzept für die Nachnutzung des Rathauses Blumenthal muss zügig vorgelegt werden. Welche anderen öffentlichen Einrichtungen, abgesehen von der Polizei, ziehen zukünftig in das Gebäude ein?

Tanklager Farge:

- Wann soll mit der Nachbargemeinde Schwanewede ein gemeinsames Konzept für die Konversionsplanung erstellt werden und bis wann soll dieses vorliegen?

Bebauungspläne:

- Wie schnell werden die Bebauungspläne 352 und 1252 bearbeitet?
- Die seit langem vom Beirat geforderten Anpassungen der Bebauungspläne im Blumenthaler Ortskern (Mühlenstr., 965) müssen zügig vorangetrieben werden, um z. B. im Erdgeschoß der Häuser Wohnraum schaffen zu können.
- Wann werden die ersten Ergebnisse in der George-Albrecht-Str. sichtbar? Wann wird die Stadtgemeinde die Möglichkeit geschaffen haben, die vorhandenen Gebäude anzukaufen und dort attraktiven Wohnraum zur Verbesserung der sozialen Durchmischung schaffen?

Ohne konkrete Planung mit festgelegten Meilensteinen bleibt das ISEK eine unverbindliche Ideensammlung.



TOP 11

Verschiedenes



Auf Wiedersehen

—

kommen Sie gut nach hause!